

Kleine Anfrage 381

des Abgeordneten Pèter Vida
fraktionslos

an die Landesregierung

Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit durch Abwahl von Gemeindevertretern aus Verbandsversammlungen? - Was der schöne Gesetzestitel "Gesetz zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit" in der Praxis bedeutet

Durch das so genannte "Gesetz zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit" vom 10.07.2014 (GVBl.I/14, Nr. 32) wurde das Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg (GKG) neu kodifiziert.

So sieht § 19 Abs. 3 GKG nunmehr vor, dass kommunale Verbandsmitglieder in der Verbandsversammlung durch ihren Hauptverwaltungsbeamten vertreten werden. Die Verbandssatzungen können darüber hinaus weitere Mitglieder vorsehen. Aufgrund dieser Vorschrift wurden in zahlreichen Zweckverbänden auf Empfehlungen der Kommunalaufsichten Vertreter von Gemeinden abgewählt.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wenn in einem Zweckverband mehrere amtsangehörige Gemeinden Mitglied sind, durch wen werden dann die einzelnen Gemeinden jeweils vertreten, da es ja nur einen Hauptverwaltungsbeamten, nämlich den Amtsdirektor, gibt? Sollte hiernach jede Gemeinde durch den Amtsdirektor vertreten werden, bitte ich um Erläuterung, worin hier die Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit, was ja Titel des Gesetzes war, liegt?
2. Waren die Empfehlungen von Kommunalaufsichten, Vertreter aus den Verbandsversammlungen aufgrund der neuen Gesetzeslage in der laufenden Wahlperiode abzuwählen, richtig?
3. Wenn die Abwahl und Neuberufung von Mitgliedern aufgrund einer gesetzlich bedingten Neustrukturierung der Verbandsversammlungen erforderlich war, hätte es

dann nicht in den betroffenen Verbandsversammlungen einer Neukonstituierung, also der Durchführung einer neuen konstituierenden Sitzung bedurft?

4. Wie ist in diesem Zusammenhang § 45 Abs. 2 GKG zu verstehen, wonach die Rechtmäßigkeit von Maßnahmen, die vor Inkrafttreten des neuen Gesetzes wirksam geworden sind, durch dieses nicht berührt werden? Kann diese Bestimmung dahingehend interpretiert werden, dass die zuvor erfolgten Konstituierungen der Verbandsversammlungen wirksam bleiben? Wenn ja, warum bleiben dann hingegen die durch die Gemeinden erfolgten Berufungen von Mitgliedern in der Verbandsversammlung (jenseits der Amtsdirektoren) nicht wirksam?